



Landesverband der
Baden-Württembergischen
Industrie e. V.

STANDPUNKTE

04

2016



INHALT

- **WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE:
KONJUNKTUR IM ENDSPURT**

- **BADEN-WÜRTTEMBERG:
INDUSTRIELAND IN DER TRANSFORMATION**

Stuttgart, im Dezember 2016

WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE: KONJUNKTUR IM ENDSPURT

Die Unternehmen bieten der wenig dynamischen Weltkonjunktur und den globalen Risiken weiterhin die Stirn. Das Wachstum im Jahr 2016 wird daher voraussichtlich nicht so deutlich unter die Vorjahreswerte fallen wie zwischenzeitlich befürchtet, jedoch unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Trotz der unbeantworteten Fragen des Brexit, des US-Wahlausgangs und weiteren Risiken ist die Stimmung in der heimischen Industrie durchaus positiv. Die Bremswirkung aus dem Ausland lässt nach, und auch der Binnensektor entwickelt sich positiv. Investitionen fließen aber weiterhin, wegen hohen Arbeits- und Energiekosten, ins Ausland. Nach wie vor wird die Wirtschaft beeinflusst durch niedrige Rohstoffpreise, niedrige Zinsen, geringe Inflation und den schwachen Euro. Wie zuletzt an der Einigung der Opec zusehen, können sich diese günstigen Rahmenbedingungen aber jederzeit ändern.

Konjunkturmotor schnurrt wieder

Die baden-württembergische Wirtschaft erzielte, laut dem statistischen Landesamtes, im ersten Halbjahr 2016 ein Wachstum von gut 2 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum. Nach negativen Erwartungen zur Jahresmitte zeigte sich die Entwicklung damit deutlich positiver. In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Wachstum in die Verlängerung gehen. Der Grund für die Wachstumsentwicklung liegt unter anderem an der wieder stabileren Auslandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe. Die binnenwirtschaftlichen Indikatoren entwickelten sich ebenfalls durchweg positiv.

Nachfrage erholt sich

Die Nachfrage nach Industrieprodukten aus Baden-Württemberg scheint wieder an Fahrt zu gewinnen. Die Auftragseingänge der Industrie stiegen im September gegenüber dem Vormonat August um 1,8 Prozent. Während die Aufträge von den Inlandskunden ins Minus rutschten (-2,7 Prozent), zog das Auslandsgeschäft merklich an (4 Prozent). Bezogen auf die Absatzrichtung des Auslandsgeschäfts gab es aus der Eurozone lediglich ein verhaltenes Auftragsplus (0,6 Prozent). Die fühlbaren Impulse kamen aus dem übrigen Ausland (5,3 Prozent). Insgesamt lagen die Auftragseingänge der Südwestindustrie im dritten Quartal 2016

bereinigt um 3,5 Prozent über dem Vorquartalswert, wobei im Auslandsgeschäft sogar ein Auftragsplus von 5 Prozent zu verbuchen war.

Umsatzentwicklung zieht an

Im September 2016 war die Umsatzentwicklung in der baden-württembergischen Industrie abermals aufwärtsgerichtet. Im Vergleich zum Vormonat August nahm der Umsatz im September um 1,2 Prozent zu. Dabei spielten inländische Kunden eine größere Rolle (1,6 Prozent) als der internationale Kunden (0,8 Prozent). Bezogen auf die Absatzrichtung des Auslandsgeschäfts kam es mit den Ländern der Eurozone zu einer Umsatzsteigerung (2,6 Prozent). Die Umsätze mit Ländern außerhalb der Eurozone stagnierten hingegen (0 Prozent). Insgesamt weitete die Südwestindustrie den Umsatz im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal aus (1,9 Prozent).

Niedrige Inflation, Beschäftigung hoch, Stimmung gut

Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Oktober nach vorläufigem Stand in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,8 Prozent. Zieht die Teuerungsrate weiter an und stieg auf den höchsten Stand seit Oktober 2014. Dennoch liegt der Preisanstieg weiterhin noch deutlich unter der Schwelle von zwei Prozent, bei der nach gängiger Interpretation Preisstabilität herrscht.

Im Oktober ist die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg gesunken. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen lag die Quote im Oktober bei 3,6 Prozent (September: 3,8 Prozent). Die Arbeitslosenzahl sank im Vergleich zum Vormonat um 8.869 (minus 3,9 Prozent) auf 217.228 Personen.

Das gute Geschäftsklima in der baden-württembergischen Industrie verbesserte sich im Oktober weiter. Die aktuelle Lage sowie die Beurteilung der Geschäftszuwächse in den kommenden Monaten wurde positiver bewertet. Dabei wurden auch von den ausländischen Märkten häufiger neue Impulse erwartet. Auch die Zufriedenheit mit dem Auftragsbestand nahm weiter zu. Dementsprechend wurden die Produktionspläne ausgeweitet.

Entwicklung auf Bundesebene gedämpft

Laut Angaben des Statistischen Bundesamt verliert das deutsche Wirtschaftswachstum weiter an Schwung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im dritten

Quartal 2016 um 0,2 Prozent höher als im zweiten Quartal 2016. Im ersten Halbjahr war das BIP stärker gestiegen (0,4 Prozent im zweiten und 0,7 Prozent im ersten Quartal). Im Vorjahresvergleich hat sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Das preisbereinigte BIP stieg im dritten Quartal 2016 um 1,5 Prozent (kalenderbereinigt um 1,7 Prozent), nach 3,1 Prozent im zweiten und 1,5 Prozent im ersten Quartal 2016 (kalenderbereinigt: 1,8 Prozent und 1,9 Prozent).

wenig Impulse in der Auftragslage

Die Auftragseingänge in der Industrie waren im September 2016 0,6 Prozent niedriger als im Vormonat. Für August 2016 ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Anstieg von 0,9 Prozent gegenüber Juli 2016. Der preisbereinigte Auftragseingang ohne Großaufträge im Verarbeitenden Gewerbe lag im September 2016 saison- und arbeitstäglich bereinigt um 1,0 Prozent höher als im Vormonat. Im September 2016 verringerten Inlandsaufträge im Vergleich zum Vormonat um 1,1 Prozent. Die Aufträge aus dem Ausland nahmen um 0,3 Prozent ab. Dabei fielen die Auftragseingänge aus der Eurozone um 4,5 Prozent, während die Auftragseingänge aus dem restlichen Ausland um 2,5 Prozent gegenüber August 2016 anstiegen.

Umsatz entwickelt sich verhalten

Der preisbereinigte Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag nach vorläufigen Angaben im September 2016 um 1,2 Prozent niedriger als im Vormonat. Für August 2016 ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Anstieg von 4,2 Prozent gegenüber Juli 2016 (vorläufiger Wert: 4,1 Prozent).

Inflation niedrig, Arbeitsmarkt positiv, Stimmung verbessert

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im Oktober 2016 um 0,8 Prozent höher als im Oktober 2015. Damit zieht die **Inflationsrate** in der zweiten Jahreshälfte weiter an (August 2016: 0,4 Prozent; September 2016: 0,7 Prozent). Eine Inflationsrate von 0,8 Prozent hatte es zuletzt im Oktober 2014 gegeben.

Die Arbeitslosigkeit sinkt im Vergleich zum Vormonat um 2,6 Prozent und gegenüber zum Vorjahresmonat um deutliche 4,1 Prozent auf 2,5 Mio.. Die Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit sinkt im Vergleich zum Vormonat um 0,6 Prozent und steigt zum Vorjahresmonat um 1,0 Prozent. Sie liegt bei 3,5 Mio. Die

Arbeitslosenquote beträgt 5,8 Prozent, die Unterbeschäftigungsquote 7,8 Prozent.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex ist von 109,5 Punkten im September auf 110,5 Punkte im Oktober gestiegen. Die Unternehmer waren zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Zudem blicken sie sichtlich zuversichtlicher auf die kommenden Monate.

Brancheneinschätzungen solide

Wie der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)** berichtet, sind die Auftragseingänge im baden-württembergischen Maschinenbau im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5 Prozent gewachsen, damit hebt sich der Maschinenbau im Land klar vom Bundestrend ab. Dieser gute Start in das letzte Quartal des Jahres ist wiederum insbesondere dem Inland zu verdanken. Mit einem Plus von 13 Prozent fallen die Order aus dem Heimatmarkt besonders ins Gewicht. Doch auch der Euro-Raum sendet mit einem Plus von 4 Prozent wichtige Impulse (Nicht-Euro-Raum: Minus 2 Prozent). Der baden-württembergische Maschinenbau profitiert derzeit besonders stark von der Dynamik im Inland. Weltweit reiche das Investitionsvolumen bisher nicht aus, um die Entwicklung nach oben nachhaltig zu festigen, im Jahresverlauf waren die Auftragseingänge von einem steten Auf und Ab geprägt. Der VDMA ist jedoch trotz dieser globalen Unsicherheiten positiv gestimmt, das Jahr insgesamt mit einem Plus abschließen zu können.

Nach Angaben des **Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA)** lagen die Pkw-Neuzulassungen in Deutschland mit 262.700 Einheiten im Oktober um sechs Prozent unter Vorjahresniveau. Im bisherigen Jahresverlauf hingegen ist ein deutliches Plus zu verzeichnen: Von Januar bis Oktober wurden in Deutschland mehr als 2,8 Mio. Pkw neu zugelassen (+5 Prozent). Der inländische Auftragseingang ging um rund 11 Prozent zurück. In den ersten zehn Monaten des Jahres verzeichneten die deutschen Pkw-Hersteller knapp 2 Prozent weniger Bestellungen inländischer Kunden. Deutlich positiver entwickelte sich der ausländische Auftragseingang: Er lag im Oktober um 3 Prozent über dem Vorjahreswert. In den ersten zehn Monaten des Jahres gingen 2 Prozent mehr Aufträge ausländischer Kunden ein. Die Exporte aus Deutschland lagen im vergangenen Monat bei 364.700 Einheiten (-8 Prozent). Seit Jahresbeginn haben die deutschen Pkw-Hersteller 3,7 Mio. Pkw aus Deutschland an ausländische Kunden ausgeliefert (-1 Prozent). Die Fertigung in Deutschland belief sich im Oktober auf 472.800 Pkw (-11 Prozent). In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres

wurden knapp 4,9 Mio. Pkw produziert und damit so viel wie im gleichen Vorjahreszeitraum.

Nach Erhebungen des **Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)** treten die Auftragseingänge in der deutschen Elektroindustrie im September 2016 auf der Stelle (+0,1 Prozent gegenüber Vorjahr). Die Inlandsaufträge gaben um 4,0 Prozent nach, wohingegen die Auslandsaufträge um 3,3 Prozent anzogen. Kunden aus der Eurozone orderten 2,9 Prozent weniger als vor einem Jahr, Kunden aus Drittländern 6,9 Prozent mehr. In den ersten drei Quartalen 2016 verfehlten die Bestellungen ihren Vorjahreswert um 1,0 Prozent. Die Aufträge aus dem Inland stagnierten (-0,1 Prozent) und die aus dem Ausland gingen um 1,7 Prozent zurück. Während hier aus dem Euroraum 1,1 Prozent mehr Orders eingesammelt werden konnten als vor einem Jahr, fielen die Bestellungen aus Drittländern um 3,2 Prozent geringer aus. Die nominalen Erlöse der Unternehmen gaben im September leicht um 0,3 Prozent gegenüber Vorjahr nach. Der Inlandsumsatz sank um 0,5 Prozent, der Auslandsumsatz blieb so hoch wie im Vorjahr (0,0 Prozent). Die Erlöse mit Kunden aus der Eurozone sackten deutlich um 7,7 Prozent ab. Dagegen konnte der Umsatz mit Drittländern um 4,8 Prozent zulegen. In den gesamten ersten neun Monaten lag der Branchenumsatz um 1,1 Prozent höher als vor einem Jahr. Inlands- und Auslandserlöse erhöhten sich dabei um 1,7 Prozent bzw. 0,6 Prozent. Der Umsatz mit Euroraum-Kunden fiel um 0,4 Prozent geringer und der mit Drittländern um 1,2 Prozent höher aus als im Vorjahr. Das Geschäftsklima in der deutschen Elektroindustrie ist unterm Strich auch im Oktober gestiegen. Während sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage gegenüber dem Vormonat deutlich verbessert hat, gingen die all-gemeinen Geschäftserwartungen allerdings leicht zurück.

Laut **Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)** ist das Geschäft der chemisch-pharmazeutischen Industrie im dritten Quartal des Jahres durchwachsen verlaufen. Die Produktion ging demnach im Vergleich zum Vorquartal leicht zurück. Der Umsatz konnte nach 15 Monaten kontinuierlichen Rückgangs erstmals wieder zulegen. Auslöser waren steigende Chemikalienpreise infolge des anziehenden Ölpreises. Insgesamt bremsen verschiedene Faktoren, wie die anhaltende Wachstumsschwäche der asiatischen Schwellenländer, die wirtschaftliche Entwicklung. Der VCI rechnet für 2016 weiterhin mit einem Anstieg der Chemieproduktion um 0,5 Prozent. Der Branchenumsatz wird aber wegen des im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigeren Preisniveaus um 3 Prozent auf 183 Milliarden Euro sinken. Der Umsatz der chemisch-pharmazeutischen Industrie stieg gegenüber dem Vorquartal um 1 Prozent auf 43,5 Milliarden Euro. Der Vorjahreswert wurde um 2,5 Prozent verfehlt. Die Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Auslandsgeschäft. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Chemie ist im drit-

ten Quartal im Vergleich zum Vorquartal stabil geblieben. Die Branche beschäftigt derzeit 444.000 Mitarbeiter. Das sind 0,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Gemäß Angaben des **Bundesverbands Druck und Medien e.V. (BVDM)** nahm der saisonbereinigte Index zur Beurteilung der aktuellen Geschäftslage von Druckunternehmen von September auf Oktober 2016 um 3,5 Prozent ab. Dennoch lag das derzeitige Indexniveau von 111,5 Zählern mit 2,6 Prozent den zweiten Monat in Folge über dem Stand des Vorjahres. 44 Prozent der Druckunternehmen stellten Produktionsbehinderungen aufgrund von Auftragsmangel (-25 Prozent) fest, wobei davon 10 Prozent weniger Unternehmen betroffen waren als noch vor einigen Monaten. Den aktuellen Widrigkeiten zum Trotz zeigten die Geschäftserwartungen der Druckunternehmen für die nächsten sechs Monate im Oktober 2016 wiederholt eine positive Tendenz. Die optimistischen Erwartungen dürften u. a. die allgemein positive Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit der befragten Druckereien gegenüber ihren Wettbewerbern im Inland spiegeln. Zudem stiegen die Exporterwartungen trotz gleichzeitig gesunkener Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Druckereien gegenüber dem Ausland. Die Entwicklung des saisonbereinigten Geschäftsklimaindexes der Druckindustrie war im Oktober 2016 um 0,5 Prozent über dem Vormonatsniveau. Der Index erzielte einen Stand von 105,9 Zählern. Das Vorjahresniveau wurde um 3,0 Prozent überschritten.

Laut **Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (zdb)** spiegelt sich die insgesamt positive Beurteilung der Geschäftslage bei der Auslastung und in den Auftragsbeständen wider. Die Auslastung ist um 5 Prozent-Punkte sowohl im Hochbau (von gut 70 Prozent auf 75 Prozent) als auch im Tiefbau (auf knapp 75 Prozent) gestiegen. Dabei haben die Auftragsbestände ihr Niveau mindestens gehalten; im Hochbau bei 3 Monaten und im Tiefbau bei 2,5 Monaten. Angesichts der nachhaltig erreichten hohen Auslastung bleibt die Investitionstätigkeit ausgeprägt; überwiegend in Ersatzbeschaffungen. Der hohen Baunachfrage steht ein nicht adäquat mitwachsendes Angebot an Arbeitskräften gegenüber. Obwohl bereits im letzten Jahr ein deutlicher Bedarf an weiteren Arbeitskräften bestand, hat die Nachfrage noch einmal erkennbar zugelegt. Trotz anhaltend hoher Nachfrage, sehen die Unternehmen kaum Möglichkeiten zu Preisanpassungen.

Der **BDG - Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie** berichtet, dass die Stagnation in den Kundenbranchen Fahrzeugbau und Maschinenbau unverändert auf das Geschäft der Eisen- und Stahlgießereien drückt. Die Gesamtkonjunktur, lediglich durch Bauwirtschaft und privaten Konsum gestützt, kann für die Gießereien kaum Impulse setzen. Dies spiegelt sich nach wie vor im Auftragsengang wieder. Dennoch sollten wir davon ausgehen, dass die Nachfrageetalsohle erreicht sein sollte. In den ersten drei Quartalen 2016 registrierten die Eisen-

gießereien einen Auftragseingang, der 9 Prozent unter dem Volumen des Vergleichszeitraums vom Vorjahr liegt. Die Hersteller von Komponenten aus Duktilem Gusseisen verbuchten Orders noch gut 3 Prozent unter dem Vorjahreszeitraum. Bei den Stahlgießereien sank der Bestelleingang knapp 6 Prozent gegenüber Januar bis September 2015, bei unverändert hohen monatlichen Schwankungen. Die Exporte lagen um 7 Prozent unter dem 2015er Wert. Die Aluminiumgießereien registrierten in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres einen um knapp 3 Prozent höheren Auftragseingang als vor einem Jahr. Die Magnesiumgießereien meldeten demgegenüber ein Orderplus von 20 Prozent. Die Gießereien, welche Kupferlegierungen verarbeiten, verbuchten ein Auftragsplus von 3 Prozent. Die Aufträge bei den Zinkgießereien stiegen um gut 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Ausfuhrquote lag in den ersten neun Monaten 2016 bei knapp 13 Prozent. Die Exporte erreichten ein um gut 6 Prozent höheres Niveau als vor einem Jahr. Der Anteil von Komponenten für den Straßenfahrzeugbau am Gesamtexport pendelte sich unverändert bei 80 Prozent ein

Ausblick:

Die vergangen drei Quartale waren gezeichnet durch einen Zick-Zack-Kurs mit dem die heimische Industrie es erfolgreich schaffte globale Risiken weitestgehend zu umschiffen. Ähnlich hohe Fahrt wie im Vorjahr konnte sie dabei aber nicht aufnehmen – Dynamik wird vermisst.

Die Liste der Damoklesschwerter wird stetig länger. Angefangen von den Rahmenbedingungen aus Ölpreis, Inflation, geringen Zinsen und schwachem Euro die sich jederzeit wieder ändern können, über diverse Krisenherde und den Brexit bis hin zum US-Wahlausgang mit schwer kalkulierbaren Folgen. Ungeachtet dessen entwickelte sich die nationale und internationale Nachfragesituation besser als erwartet. Das spiegelt sich auch in der Stimmung der Unternehmer wider.

Dennoch bleibt die Bundesregierung im dauerhaften Krisenmodus so auch taub und blind für die Probleme als auch Herausforderungen der sich die Wirtschaft gegenüber sieht. All das wirkt sich negativ auf Investitionen, die zur Belebung der Konjunktur nötig sind, aus. Zudem treiben die nach wie vor hohen Arbeits- und Energiekosten Betriebe zu Investitionen im Ausland.

Angesicht der Rahmenbedingungen geht der LVI für 2016 weiterhin von einem moderaten Wachstum aus. Bundesweit rechnen wir mit einem BIP-Wachstum von rund 1,6 Prozent. Stärker wird sich die nachlassende Dynamik vermutlich

auch Baden-Württemberg auswirken, daher rechnen wir mit einem Wachstum von 0,8 Prozent im Land. Hierbei ist aber zu beachten, dass das Wachstum im Jahr 2015 in Baden-Württemberg mit mehr als 3 Prozent im Vergleich zum Bund enorm hoch war – auch aufgrund der angesprochenen „Doping“-Effekte. Das Gesamtwachstum der Jahre 2015 und 2016 ist in Baden-Württemberg weiterhin deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

BADEN-WÜRTTEMBERG: INDUSTRIELAND IN DER TRANSFORMATION

Selten, vielleicht nie zuvor, war die hiesige Industrie mit derart vielfältigen und tiefgreifenden Transformationsprozessen konfrontiert, wie es gegenwärtig der Fall ist. Schlüsselworte wie industrielle Revolution, wie Disruption, wie Sharing Economy, wie Digitalisierung und Internet der Dinge, Energie- und Mobilitätswende, aber auch wie Technologieverbote und Fahrverbot, machen die Runde und sind nicht für alle gleichermaßen zu greifen. Viele Unternehmen sehen in erster Linie Chancen, andere zunächst einmal einen großen und schwer einzuordnenden Block, wieder andere existenzbedrohende Entwicklungen, derer sie nur schwer Herr werden können. Sie alle wollen ernstgenommen, wollen mitgenommen, wollen im Einzelfall auch auf einem kleinen Stück des Weges an die Hand genommen werden. Wir alle sind gemeinsam gefordert, diese Transformationsprozesse anzunehmen und zu gestalten, und zwar so zu gestalten, dass sie den Standort Baden-Württemberg in verträglicher Art und Weise wappnen, stärken und voranbringen.

Selbstverständlich befasst sich die baden-württembergische Industrie seit Jahren und mit zunehmender Intensität mit den anstehenden bzw. längst in Gang gekommenen Transformationsprozessen, gestaltet sie in Teilen bereits mit. Gleichzeitig ist unstrittig, dass aus den grundlegenden Veränderungen nicht nur Chancen entstehen, sondern dass auch, und zunächst einmal, enorme Herausforderungen damit einhergehen. Die Größe und die möglichen Auswirkungen dieser Herausforderungen differieren nach Branche, nach Unternehmensgröße, nach der Kundenstruktur, dem Internationalisierungsgrad und vielen weiteren Kriterien. Für einige Unternehmen werden sich schwer zu bewältigende Probleme stellen, andere werden prosperieren; so ist der Lauf der Welt und der Marktwirtschaft.

Es ist unser gemeinsames Interesse, dass der gesunde und in vielerlei Hinsicht weltweit führende Standort Baden-Württemberg auch während und nach den laufenden Transformationen eben diesen Status innehat: ein führender, prosperierender, technologisch gestaltender Standort zu sein, dessen Wohlstand von vielen starken Schultern getragen wird.

Doch die Transformationsprozesse sind eine riesige Herausforderung für die baden-württembergische Industrie. Wirtschaft und Politik müssen alles tun, den Wandel erfolgreich zu bestehen. Dazu gehören Augenmaß, Pragmatik sowie Geduld und Lernfähigkeit.

Es steht außer Frage, dass Transformation im Sinne eines grundlegenden, umfassenden Wandels im Grunde der Marktwirtschaft inhärent ist: Nur wer sich dem ständigen Wandel stellt, kann überleben. Schwierig wird es, wenn – wie heute – nicht nur mehrere dieser Umwälzungen zusammenfallen, sondern wenn diese möglicherweise ganz besonders grundlegender Natur sind – im Falle der Digitalisierung aller Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesse auf der einen und der Energiewende auf der anderen Seite – um den Klimawandel zu stoppen und handzuhaben –, der wiederum die Mobilitätswende quasi innewohnt, finden wir eine solche Situation vor.

Dabei vertritt der LVI die Ansicht, dass die vielfältigen Transformationsprozesse, die der Industriestandort Baden-Württemberg durchläuft, durchaus von unterschiedlicher Qualität sind: Die Digitalisierung ist „nicht verhandelbar“, sie kommt über die Unternehmen und die Gesellschaft wie ein Naturereignis, dem man nicht entrinnen kann, sondern mit dem man sich auf jeden Fall arrangieren, besser: anfreunden muss. Denn anders als gängige Naturereignisse wie Gewitter oder Stürme eröffnet die Digitalisierung in erster Linie überragende Chancen und Möglichkeiten. Im Gegensatz dazu haben wir es bei der Energie- und Mobilitätswende mit politisch gewollten, formbaren Konzepten zu tun, die wir so gestalten können und sollten, dass ihre Nebenwirkungen nicht über die Maßen schädlich sind, sondern neue Chancen und Möglichkeiten eröffnen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung als Transformation ist als Begriff sicher schwer zu fassen. Sie hat im weitesten Sinne mit Computerisierung, Internet of Things (Industrie 4.0) usw. zu tun. Sie ist voll im Gange und verändert die Gesellschaft und die Industrie so grundlegend wie die neolithische oder die erste industrielle Revolution. Mittlerweile sind wir bei der vierten industriellen Revolution, und die Industrie erwartet von der Politik nicht weniger als die sinnvolle Gestaltung der Rahmenbedingungen. Aber auch nicht mehr. So hat die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag Mittel für den konsequenten Ausbau der Breitbandnetze angekündigt. Wir erwarten die angestrebte Realisierung, die Bereitstellung der Netze für die Gigabit-Gesellschaft. Zudem erwartet die Industrie einen flexiblen arbeitsrechtlichen Rahmen, aber auch eine Bildungs- und Ausbildungspolitik, die die Grundlage schafft, um mittelfristig auf hinreichend und passend qualifizierte Fachkräfte zugreifen zu können, gerade im Bereich qualifizierter Software- und IT-Fachleute.

Bereits heute setzen die Unternehmen die Digitalisierung nach ihren Möglichkeiten und Plänen sehr unterschiedlich um. Digitalisierung ist kein politisches Projekt, sondern auf die Dynamik der Marktwirtschaft zurückzuführen.

Mobilitätswende

Bei der Mobilitätswende sieht die Situation deutlich anders aus: Das Gewitter mag am Horizont dräuen, doch es bleiben vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten grundsätzlicher Art – Möglichkeiten, um unsere Wettbewerbsvorteile nicht vor-schnell und ohne Not aus der Hand zu geben. Immer wieder hört man, die hiesige Industrie habe „die Elektromobilität verschlafen“. All diejenigen, die sich ernsthaft mit dieser These befassen, werden schnell feststellen, dass die deutschen Hersteller über das breiteste Angebot an E-Autos verfügen. Und, das stimmt, dass sie parallel auch weiterhin nach anderen Wegen suchen, den CO₂-Ausstoß zu verringern, ohne sich von vornherein auf eine Technologie festzulegen.

Technologievorgaben und -verbote entsprechen nicht unserem Verständnis von Wirtschaftspolitik. Deutschland und Baden-Württemberg sind viele Jahre lang gut gefahren mit einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Produkten und Technologien: Natürlich bedarf es eines Rahmens, und zweifellos zählen dazu auch ehrgeizige Grenzwerte. Ob diese dann allerdings mit der einen oder einer anderen Technologie erreicht werden, zählt zu den Kernkompetenzen der Industrie, und diese wird sie gerne einbringen.

Ein wichtiger Aspekt, der dabei keinesfalls untergehen darf, ist die Bedeutung der Zulieferindustrie an unserem Standort. Die Abhängigkeit zahlreicher Unternehmen vom Verbrennungsmotor ist enorm: Hersteller von Motoren, Abgasleitungen, Kolben, Kupplungen oder Getrieben können nicht per Knopfdruck Produzenten von Batterien oder Batteriezellen werden. Viele von ihnen arbeiten seit Jahren an neuen Strategien und Geschäftsfeldern, und sie werden noch einige Zeit daran arbeiten müssen, um auch mittelfristig am Markt bestehen und vielen Menschen Arbeit bieten zu können. Dass die gegenwärtige Diskussion die Unsicherheit der Belegschaften in der Automobilindustrie unnötig vergrößert, ist ein unschöner psychologischer Nebeneffekt.

Der LVI ist der Ansicht, dass es zur Umsetzung der Mobilitätswende eines engen Dialogs zwischen allen Beteiligten bedarf. Die Industrie ist für eine solche Begleitung, die sich am Energie-Monitoring orientieren könnte, jederzeit offen.

Energiewende

Auch die Energiewende ist in erster Linie ein politisches Konzept. Erneuerbare Energien sollen langfristig fossile Energieträger ablösen. Diese Wende ist nicht durch tiefgreifende technologische Veränderungen ausgelöst, sondern durch eine nationale politische Ambition und Vision. Grundlegende technologische und wirtschaftliche Veränderungen sind die Folgen, nicht die Ursachen.

Die Umsetzung eines solchen politischen Konzepts über mehrere Jahrzehnte entzieht sich dabei einer holistischen Planung im Sinne eines umfassenden und detaillierten Masterplans. Für eine solche Planung mit folgender Realisierung ist ein Zeitraum von 40 Jahren viel zu lang. Im Voraus sind nicht sämtliche Folgen der Maßnahmen abschätzbar. „Wir haben heute nicht das Wissen von morgen“ wie Karl R. Popper sagt: „Unser Wissen ist ein kritisches Raten, ein Netz von Hypothesen, ein Gewebe von Vermutungen.“ Es treten kurz- und mittelfristig unerwartete, oftmals ungeplante und unerwünschte Wirkungen auf, die mit kleineren Eingriffen korrigiert werden müssen. Auch Zielkonflikte können entstehen, so dass Ziele in ihrem Ausmaß und Zeitbezug regelmäßig überprüft werden müssen. Die politisch Verantwortlichen müssen größere Erschütterungen, wie Wirtschaftskrisen oder Demokratiekrise mitbedenken und verhindern.

Die Energiewende ist gleichzeitig eine umfassende gesellschaftspolitische Herausforderung, die nur mit Hilfe einer starken und innovativen Industrie gelingen kann. Die Energiewende als gesellschaftspolitische Herausforderung mit ihren zahlreichen Bausteinen/Baustellen und dem damit verbundenen Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung bedürfen einer ehrlichen und nüchternen Betrachtung, in der auch die Folgewirkungen des politischen Handelns berücksichtigt werden müssen. Kriterien wie Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit, Klimaschutz, Forschung und Innovation, soziale Aspekte der Kostenverteilung sowie die Vermeidung einseitiger Stromimportabhängigkeiten Deutschlands sind sorgfältig zu bewerten und über ein entsprechendes Monitoring abzubilden.

Eine nachhaltige Energie-/Klimaschutzpolitik muss aus einem Guss sein. Sowohl auf regionaler als auch auf Bundes- bzw. europäischer/internationaler Ebene gibt es aber eine Vielzahl von unterschiedlichen klimaschutzpolitischen Aktivitäten. Diese Aktivitäten und die zahlreichen Klimaschutzziele sind aufeinander abzustimmen, kompatibel zu gestalten, Zielkonflikte und Doppelregulierungen sind zu vermeiden, um dadurch gleiche Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen.

Die Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie notwendiges Wachstum zulassen, damit die Unternehmen den notwendigen Raum bekommen, um mit ihren Kernkompetenzen – Innovation und Unternehmergeist – auch weiterhin ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung leisten zu können. Dazu gehört etwa nach wie vor eine nachhaltige Integration der erneuerbaren Energien, keine weiteren Einschränkungen bei der Eigenerzeugung/Eigenversorgung und das Vermeiden weiterer Zusatzbelastungen, wie sie etwa durch ein bundeseinheitliches Übertragungsnetzentgelt im Rahmen des im Entwurf vorliegenden Netzentgeltmodernisierungsgesetzes vorgesehen werden.

Die Transformation im Energiesektor bedarf hierfür eines iterativen und evolutionären Prozesses mit einer klaren zeitlichen Marschroute, der marktwirtschaftlich und technologieoffen vorangebracht werden muss. Nur so erhalten die Unternehmen ausreichend Zeit, um auf Basis ihrer Kompetenzen neue Geschäftsmodelle aufzubauen.

Die baden-württembergische Industrie hat große Sorgen, dass die Energiewende ihre energiepolitischen Ziele verfehlen könnte. Das gilt für Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit wie auch für den Klimaschutz. Wir erwarten deshalb von der Politik bei der Transformation der Energieversorgung größtmögliche Behutsamkeit, besondere Sorgfalt und Flexibilität und Kontrollierbarkeit des Vorgehens – eine Klugheit im Bohren dicker Bretter. Dies kann nur im engen Schulterschluss von Wirtschaft und Politik unter Einbezug der Wissenschaft gelingen.

Zukunft der Industrie

Betrachtet man die laufenden Transformationsprozesse noch einmal in der Gesamtschau, so ist aus Sicht des LVI die Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg nur dann gesichert, wenn insbesondere bei den politisch gewollten Prozessen gilt,

- dass sie evolutionär stattfinden, so dass die Firmen ausreichend Zeit haben, auf Basis ihrer Kompetenzen neue Geschäftsmodelle aufzubauen.
- die Unternehmen genügend finanzielle Spielräume haben, die dafür nötigen Investitionen zu stemmen.
- die spezifischen deutschen Rahmenbedingungen so wirtschaftsfreundlich bleiben, dass die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Firmen erhalten wird.